

BASis Info 8/2016

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

09.09.2016

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, liebe Leser,

die parlamentarische Rückrunde läuft, wir haben im Deutschen Bundestag gerade in 1. Lesung über den Haushalt 2017 beraten. Im Entwurf stehen Ausgaben von 328,7 Milliarden. Das sind 11,8 Milliarden mehr als in diesem Jahr. Dem Ausgabenplus stehen geplante Steuermehreinnahmen von 13,72 Milliarden Euro gegenüber und daher soll es keine Aufnahme neuer Kredite geben. Ich durfte gestern zum Einzelplan 15, also zum Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums, im Plenum reden.

Zur Einstimmung hatten wir bereits vergangene Woche bei der Klausur der SPD-Bundestagsfraktion wichtige Weichen gestellt. Wir haben Beschlüsse gefasst zur Inneren Sicherheit (u.a. 12.000 neue Polizeistellen und bessere Ausstattung), Unterstützung von Alleinerziehenden, Finanzierung des Gesundheitssystems, zur besseren soziale Absicherung von so genannten Solo-Selbstständigen, zur „Sozialen Innovationspolitik“ und zum Thema „Bezahlbare Wohnungen schaffen und Mietrecht sozial gestalten“.

Als Gesundheitspolitikern war mir besonders wichtig, dass wir mit einer klaren Ansage zur Parität in die nächste Woche gehen: Der Wirtschaft geht es heute so gut wie lange nicht. Deshalb müssen die Gesundheitskosten wieder gerecht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgeteilt werden. Doch auch die stärkere Unterstützung für Alleinerziehende möchte ich ausdrücklich betonen. Alleinerziehende leisten enorm viel, haben aber ein sehr hohes Armutsrisiko. Das kann so nicht bleiben. Deshalb wollen wir jetzt beim Thema Unterhalt ansetzen, was auch in Duisburg ein großes Thema ist (s. Seite 2).

Das Wahlergebnis von Mecklenburg-Vorpommern hat uns erschreckt, aber auch Auftrieb gegeben: Erwin Sellering bleibt Ministerpräsident und die SPD stärkste Partei. Im Februar standen wir noch bei 22 Prozent und die CDU bei 29, jetzt hat SPD sogar Wählerstimmen dazugewonnen - aber trotzdem fünf Prozentpunkte verloren. Umso stärker müssen jetzt alle demokratischen Parteien selbstkritisch hinterfragen, wie wir die Menschen wieder besser erreichen. Statt zu jammern

sollten wir gemeinsam gegen fremdenfeindliches Gedankengut vorgehen und einer rückwärtsgewandten Partei den Nährboden zu entziehen. Schuldzuweisungen lösen kein einziges Problem der Menschen.

Für meine Arbeit in Berlin habe ich jetzt noch ein neues und gleichzeitig altes Betätigungsfeld. Formell beschlossen wird es erst in der nächsten Sitzungswoche, aber hier verrate ich schon mal: Ich werde wieder Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages. Parlamentarische Geschäftsführerin bleibe ich natürlich weiterhin, aber meine Fraktion brauchte aufgrund von einigen Personalwechseln noch dringend eine Gesundheitspolitikerin und bei meinem Herzensthema konnte ich nicht Nein sagen. 1. Amtshandlung: Meine gestrige Plenarrede, die auch bereits online ist auf: www.baerbelbas.de

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Alleinerziehende stärker unterstützen

In Deutschland leben rund 1,9 Millionen alleinerziehende Eltern. In meiner Heimatstadt Duisburg sind es etwa 12.000 Mütter und Väter, die ihre Kinder allein großziehen. Diese Alleinerziehenden leisten enorm viel – für ihre Kinder und unsere Gesellschaft. Und obwohl viele gut ausgebildet und auch erwerbstätig sind, liegt das Armutsrisiko für diese Personengruppe weit über dem von Paarfamilien.

Das hat viele Gründe: Alleinerziehende arbeiten meist in Teilzeit, weil sich die Kinderbetreuung anders nicht organisieren lässt. So haben sie ein geringeres Einkommen und weniger Aufstiegschancen. Oft ist es so, dass die so genannten Ein-Elternfamilien nicht für ihren (kompletten) Lebensunterhalt aufkommen können und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Darüber hinaus erhält etwa die Hälfte aller alleinerziehenden Eltern keinen Unterhalt für ihre Kinder. Entweder entzieht sich der unterhaltspflichtige Elternteil seiner Verantwortung oder ist einfach nicht in der Lage, Unterhalt zu zahlen.

Neben den betroffenen Alleinerziehenden sind die Leidtragenden dieser Situation natürlich die Kinder. Zahlreiche Studien zeigen, dass das Aufwachsen von Kindern in Armut schwerwiegende Folgen für ihr ganzes Leben hat. Sie haben geringere Chancen auf einen guten Bil-

dungsabschluss, erfahren Einschränkungen in der sozialen und kulturellen Teilhabe und haben schlechtere Chancen für ein gesundes Aufwachsen.

Um Alleinerziehende stärker zu unterstützen, will die SPD-Bundestagsfraktion die materielle Absicherung verbessern, Betreuungsinfrastruktur ausbauen und gute Arbeit fördern.

Einen ersten wichtigen Schritt zur materiellen Absicherung haben wir mit der Einführung des Kontenabrufverfahrens getan. Das war eine wichtige Forderung unseres SPD-Wahlprogramms. Ein-Eltern-Familien werden so besser darin unterstützt, die Unterhaltsansprüche ihrer Kinder durchzusetzen. Der Bericht der Bundesregierung über das Kontenabrufverfahren zeigt, dass bereits die bloße Ankündigung eines Kontenabrufverfahrens durch die Unterhaltsvorschussstellen gegenüber dem zahlungsunwilligen Elternteil dessen „Zahlungsmoral“ fördert.

Wir wollen jetzt noch an einer weiteren Stellschraube drehen: Der Unterhaltsvorschuss, eine freiwillige Sozialleistung, die unabhängig vom Einkommen gezahlt wird. Dieser Vorschuss gleicht den fehlenden oder nicht ausreichenden Kindesunterhalt aus, wenn der/die ehemalige PartnerIn Unterhaltungsleistungen verwei-

gert oder nicht dazu in der Lage ist. In Duisburg sind es aktuell 3.721 Mütter oder Väter, denen ein Unterhaltsvorschuss für ihre Kinder gewährt wird.

Bisher wird der Unterhaltsvorschuss maximal für 72 Monate (also sechs Jahre) gezahlt und läuft spätestens aus, wenn die Kinder das 12. Lebensjahr vollendet haben. Das wollen wir Sozialdemokraten ändern und haben bei unserer Fraktionsklausur einen klaren Beschluss gefasst. Die Altersgrenze soll auf 18 Jahre angehoben werden, die zeitliche Befristung von 6 Jahren komplett abgeschafft werden.

Eine weitere Verbesserung für Alleinerziehende: Beziehen beide Elternteile Hartz-IV-Leistungen, wollen wir als SPD-Fraktion einen pauschalen Umgangsmehrbedarf einführen. Wir wollen umgangsbedingte zusätzliche Aufwendungen in beiden Haushalten sichern, Nachteile für Alleinerziehende verhindern und positive Anreize für den Umgang beider Eltern mit ihrem Kind setzen. Darüber hinaus fordern wir einen Anspruch auf befristete Teilzeit und damit einhergehend ein Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit.

Doch selbst mit der bestmöglichen staatlichen Unterstützung ist klar: Die Leistungen der Alleinerziehenden werden viel zu selten gewürdigt.



Ein Haus für Jung und Alt

Am 1. Januar 2017 startet das Bundesprogramm Mehr- generationenhaus (2017-2020). Das AWO-Haus in Wanheimerort hat eine ent- scheidende Hürde genom- men und ist wieder für eine Förderung durch das Bun- desfamilienministerium aus- gewählt. Das ist eine sehr gute Nachricht für Duisburg. Die Mehrgenerationenhäu- ser sind wichtige Begeg- nungsorte für Jung und Alt. Deshalb hat die SPD dieses Konzept von Anfang an un- terstützt. Das AWO-Haus in Wanheimerort leistet seit 2007 tolle Arbeit.

Unsere Stahlindustrie fest im Blick hatte ich bei mei- nem HKM-Besuch mit Christiane Riedel. Im Rahmen des Know-How-Tranfers hatte Christiane als Wirtschafts juniorin im Mai eine Woche bei mir in Berlin hospitiert, im August habe ich dann den versprochenen Gegenbesuch absolviert. Es war richtig spannend bei HKM in der Sinteranlage und ich habe viel gelernt über die praktische Arbeit der Hütte. Wir SPD-Abgeordneten kämpfen auf allen politischen Ebenen für unsere Stahlindustrie und stehen solidarisch an der Seite der Belegschaften. Thyssenkrupp muss sich an seine Zusage halten, bis 2020 auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzich- ten. Das haben wir in einer Solidaritätsadresse zum Stahlakti- onstag am 31. August noch einmal deutlich gemacht. Auf www.baerbelbas.de finden Sie die ganze Erklärung.



Hass und Hetze werden im- mer offener zur Schau ge- stellt. Ob auf der Straße oder im Internet. Umso wichtiger ist, dass wir offen gegenhal- ten und Gesicht zeigen ge- gen Fremdenfeindlichkeit. Zum Beispiel bei dieser Akti- on der Kirchen. Meine Hei- matstadt Duisburg ist weltof- fen und tolerant. Alle Infor- mationen: <http://www.kirche- duisburg.de/>

Endspurt zum PPP

Mit dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestags kön- nen SchülerInnen sowie jun- ge Berufstätige für ein Jahr in die USA gehen. Die Bewer- bungsfrist für das 34. PPP 2017/18 endet am 16. Sep- tember. Also: Jetzt bewerben!

Die PPP-Vollstipendien um- fassen alle Kosten für Reise, Versicherung, Organisation und Betreuung. Wir Abgeord- neten übernehmen die Paten- schaft. Weitere Informationen gibt es in meinem Wahlkreis- büro oder hier: www.bundestag.de/ppp.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++15.09.: 25 Jahre Wild- wasser Duisburg+++

+++16.09.: 300 Jahre Hafен- jubiläum+++

+++19.09.-23.09 & 26.09.- 30.09.: Sitzungswochen im Bundestag+++

+++15.09.: „Fraktion vor Ort“ zur Steuergerechtigkeit im Ratskeller Hamborn+++

+++17.09: Gesundheitstag zum Thema Darmkrebs im Bethesda Krankenhaus+++

+++Weitere Termine auf www.baerbelbas.de +++



Neues zum Schluss

Unsere Gesichter für Vielfalt



ministeriums begleitet, bei der Portraits von uns gezeichnet wurden.

Wenn sie nicht im Büro mitgearbeitet hat, war sie bei Arbeitsgruppen-, Ausschuss- oder Plenarsitzungen oder hat Veranstaltungen des PraktikantInnenprogramms der SPD-Fraktion besucht. Ich bin mir sicher, dass Anna nicht nur das Porträt, sondern auch einige schöne Geschichten mit nach Hause nimmt. SPD-Mitglied ist sie schon, jetzt kann das Engagement bei der Duisburger SPD richtig losgehen.

Für vier Wochen hat Anna Pietsch aus Duisburg mein Berliner Büro im Rahmen eines Orientierungspraktikums

zwischen Abitur und Studium unterstützt. Anna hat mich u.a. bei der Aktion „Dein Gesicht für Vielfalt“ des Umwelt-

Mein Tagebuch



Meine Praktikantin hat sich nicht nur zeichnen lassen, sondern musste auch mit dem Smartphone unserer 1. Parlamentarischen Geschäftsführerin, Christine Lambrecht, schöne Fotos machen. Natürlich mit mir, kurz vor Beginn des PL-Sommerfestes. Wie man sieht: Die Vorfreude war groß. Ich habe übrigens als gute PL-Schatzmeisterin auf diesem Foto immer auch das Büffet im Blick.

Es gibt viele gute Gründe gegen Rechtspopulismus, etwa das Gegeneinanderausspielen von Homosexuellen und Muslimen – wie man es gerade auf Wahlplakaten in Berlin sehen muss. Deshalb habe ich das Berliner Manifest für ein buntes, offenes und modernes Land unterzeichnet: www.berliner-manifest.de

Eine schöne Rückmeldung bekamen mein Bundestagskollege Mahmut Özdemir und ich zu unserer Solidaritätsadresse (s. Seite 3). Die Betriebsräte von thyssenkrupp schreiben uns: „Eure Unterstützung zeigt uns, dass wir im Kampf für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht allein sind“. Stimmt genau.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607